

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und aus-
wärtig an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pf. = 17½ Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Jos. Eich.
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß: P. M. Schmitz.
Expedition: Neuß, Markt.

Inserate für die nächstfolgende Nummer werden bis 7 Uhr
am Vorabend erbeten; Preis für die 5-spaltige Zeile oder
deren Raum 15 Pf. = 1½ Sgr.

Abonnements

für den Monat März,

zu 1/3 des Quartalpreises, können bei allen Postanstalten
bei unsern Boten, sowie in der Expedition angemeldet
werden.

Gesellschaft für Buchdruckerei:
Joseph Broig. P. M. Schmitz.

CPC. Haus der Abgeordneten.

(33. Plenarsitzung vom 23. Februar.)

Fortssetzung der zweiten Verathung des Cultusgesetzes.

Erster Redner ist heute Abg. Dr. Reichensperger
(Dp.). Ich habe seit langen Jahren keine feindsicheren Cul-
turskämpfer mehr gehört, als gestern vom Ministerialrat
(Sehr richtig! im Centrum.) allein das hat auf mich den
Eindruck gemacht, es werde hier die alte Regel befolgt, daß
wenn man in der Defensive zu schwach ist, man zur Offen-
sive übergeht, die Wirkung wird aber nicht lange dauern.
Der Minister richtet seine Angriffe gegen den Fürstbischof
von Breslau und den Abg. Dr. Windthorst. Aber was
würde selbst wenn sie zehnmal begründet wären, daraus
folgen für seine Handlungsweise gegenüber 10 Millionen
Katholiken (Sehr gut! im Centrum.) Sie sind aber voll-
ständig ungerechtfertigt. Auf die gegen Windthorst erhobenen
hat dieser gestern bereits mehr als nötig geantwortet. Der
Fürstbischof von Breslau wird angegriffen wegen der Staats-
parricide und wegen der Mischehen. Wenn die Staatsparricide
wirklich katholische Pfarrer sein wollten, müßten sie ihrem
Bischof Gehorham leisten. Bekennen sie sich nicht mehr als
dem Fürstbischof untergeben, so sind sie aus der Kirche aus-
geschlossen und nicht mehr römisch-katholische Pfarrer. Wie
kann sie denn aber der Minister noch im Amt lassen? Re-
dner geht dann auf die Mischehenfrage näher ein, legt die
ganze Frage klar und kommt zu dem Resultate, daß der
Breslauer Fürstbischof einzig einen Rechtszustand in der gan-
zen Diözese hergestellt habe, der in der Rheinprovinz und in
Westfalen bestehe und niemals eine Lage der Regierung oder
des Publikums herbeigeführt habe. Dafür wird der Herr
Fürstbischof jetzt als ein Friedensstörer behandelt (Sehr gut!
im Centrum.) und darum sollen 10 Millionen Katholiken lei-
den. Der Minister sagte, es werde noch 10 Jahre dauern
bis die Frage der Anzeige erledigt und der Frieden hergestellt
werden könne. Dief er denn die Nord. Allg. Ztg. nicht,
welche sagt, daß die Frage der Angelegenheit nicht weiter
festgehalten werden kann und dies demnach nicht eine
Unmöglichkeit für Herstellung des Friedens bildet? Wenn
der Minister sagt, er könne nach Lage der Sache nicht weiter
helfen, so ist das falsch gegenüber dem Ultimogefetz und nur
wahr gegenüber den Fall'schen Maigesetzen. Diese sind nach
dem Rechtsbewußtsein aller Katholiken aller Welttheile und
eines großen Theils der Protestanten eine ganz verwerfliche,
auf die Verstärkung des Christenthums abgezielte Gesetzgebung,
die an Stelle eines 25jährigen verfassungsmäßigen Friedens-
zustandes ein einseitiges System zur Durchführung staats-
omnipotenzlicher Tendenzen schuf und in ihrer Totalität kein
Analogon in der ganzen Welt hat (Hört! Hört!). Den pas-
siven Widerstand des Kaiserthums, des Clerus, des Episco-
pats dagegen, nannte man einen revolutionären, als wenn
man eine Prämie darauf setzen wollte, das Wort „revolutio-
nair“ zu Ehren zu bringen (Sehr gut!). Wunderbarer Zu-
stand im Staate Preußen, in dem Jeder nach seiner Fä-
higkeit selbige festhalten können und nun noch der letzte Athemzug
des sterbenden Katholiken politisch überwacht wird (Sehr
wahr! im Centrum.). Die Verletzung von 4 Bischofsstühlen,
deren der Minister sich rühmt, lag wenigstens ebenso im In-
teresse des Staates wie der Kirche; daraus aber, daß diese
von ihr selbst gewünschten Bischöfe zu der Fall'schen Gesetz-
gebung ebenso stehen wie die andere Bischöfe, kann die Re-
gierung sehen, daß Fall's System ein innerlich unmögliches
ist. Den Bischöfen sind die Hände gebunden. Sie können
die verwaisten Pfarren nicht befehen. Dabei handelt es
sich nicht bloß um die heiligsten Interessen der katholischen
Unterthanen, sondern auch um das Staatswohl. Denn ohne
religiöse Ueberzeugung sind die Massen nicht den sozial-demo-
kratischen Verführungen zu entziehen. Auch im Interesse der
Einheit Deutschlands muß Wandel geschaffen werden. Wir
fordern von der Staatsregierung kein Almosen, wir fordern
unser gutes Angebornes, verdrängtes, früher verfassungsmäßig
verbürgtes Recht (Lebhafter Beifall im Centrum.). Alle
Parteien fordern Revision der Maigesetze, die Regierung hat
aber bisher nichts dafür gethan, im Bundesrath sogar gegen
Aufhebung des Reichsachtgesetzes gestimmt. Der preussische
Landtag hat das Recht, die Angabe der Gründe hierfür zu
fordern (Lebhafter Beifall im Centrum.). Seit Jahren

sind Verhandlungen mit Rom angeknüpft; diese scheinen aber
nur möglichst viele Conzessionen erpressen zu sollen, weil
man glaubt, daß die Staatsgewalt wachse, wenn man die
Freiheit der Kirche beschränkt (Hört! Hört! im Centrum.).
Eine in der Staatsumarmung befangene Kirche ist nur ein
Bolscheinstaat und kann keinen segensreichen Einfluß auf das
Volk ausüben. Die ganze Angelegenheit scheint als eine
Machfrage der auswärtigen Politik angesehen zu werden und
der Cultusminister gar keine Kenntniß von den Instruk-
tionen des preussischen Gesandten zu haben. Jetzt ist der
Regierung wieder eine weit ausgedehnte Friedenshand gebo-
ten, und ich bin begierig, ob sie dieselbe wieder zurückstoßen
wird. Wir unterwerfen uns der Entscheidung des Papstes,
und der Vorwurf ist lächerlich, daß wir den Frieden um je-
den Preis verhindern wollten. Weiter führt Redner aus,
daß in dem Ultimogefetz das Cultusgesetz nur im Interesse
der protestantischen Theologen besteht, daß von dem Be-
gnadigungsrechte sehr wohl hätte Gebrauch gemacht werden
können und daß insbesondere auch das Prohibitionsgezet hätte
außer Anwendung gesetzt werden können. Die Re-
gierung verlange aber erst Unterwerfung unter die Maige-
setze, aber diese sei für die Kirche unmöglich. Sie habe den
göttlichen Glauben fortzuführen bis an das Ende der Welt.
Auch wenn die Zeiten wiederkehren sollten, wo die Christen
den wilden Bestien vorgeworfen wurden (Lebhafter Beifall
im Centrum.). Heiterkeit rechts.). Den Herren, die hierüber
lachen können, thut es Noth, ernstlich über unsere Lage nach-
zudenken und zu handeln, damit unsern Völkern die Religion
erhalten bleibe. (Lebhafter Beifall im Centrum.).

Abg. Stöcker sucht darzuthun, daß der Fürstbischof von
Breslau an der Mischehenfrage nicht unbetheiligt sei, insofern
bei Mischehen von Seiten der katholischen Geistlichkeit die kirch-
liche Einsegnung verweigert werde, wenn nicht vorher eine katho-
lische Kindererziehung zugesichert war. Nun habe aber
Bis IX. in einem Breve von 1864 eine mildere Praxis ge-
nehmigt; diese werde indes nicht so oft als wünschenswert
angewandt. Dieses Vorgehen in der Mischehenfrage sei für
die Evangelischen unerträglich. Es sei allerdings in der Misch-
ehenfrage ein erfreulicher Rückgang unterommen, aber es bleibe
doch eine schwer zu bekämpfende Erbitterung übrig. Er finde
es unheimlich, die katholische Erziehung aller aus Mischehen her-
vorgehenden Kinder zu verlangen. In einem Staate wie dem
unsern sei es notwendig, daß die Kinder der Religion des
Vaters folgten. Das Maß der Freiheit der katholischen Kirche
sei abhängig von dem Maße der Freiheit, welches die der
evangelischen entgegenbringe. (Beifall rechts.). Redner bittet
dann um mögliche Beilegung der Simultanfragen, Ab-
schaffung der Schulstunden während des Sonntagsgottes-
dienstes, tabell die vorwiegende Berücksichtigung der Realien
auf den Gymnasien und kommt dann auf die Rede des Pro-
fessors Dubois Raymond bei der letzten Feier Friedrichs des
Großen. Solche gefährliche materialistische Anschauungen
sollten nicht am Geburtstage preussischer Könige proklamirt
werden. (Beifall rechts und im Centrum.) In Bezug auf
die Vertheilung könne man des Guten wie des Bösen zu viel
thun und Ausherrungen, wie sie der Rektor der Berliner Uni-
versität gethan, verurtheilen großes Vergerniß in der christ-
lichen Bevölkerung. Schließlich bittet Redner, daß von Staats-
wegen der grenzenlosen kirchlichen Verwahrlosung in Berlin, in-
besondere durch Anstellung von mehr Geistlichen und Selbständig-
machung der Kirche entgegengetreten werde. (Bravo rechts.).

Abg. Dr. Frhr. v. Schorlemer-Alf kommt auf die
gestrige Rede des Cultusministers zurück und bemerkt zu-
nächst, daß die Kölner Petitionsbewegung nicht eine Proba-
probe, sondern ein Beweis der lokalen Gefinnung gewesen
sei, denn wenn sich die Diöcesanen an das Herz ihres Lan-
desherren wenden um Gnade, wo sie das Recht zu verlangen
haben, so sei das ein Act hoher Loyalität (Sehr richtig! im
Centrum.); und wie könne man dieser Petitionsbewegung we-
gen einen anderen Bischof, den man zurückzuberufen beab-
sichtigt, in der Verbanung, seine Diözese verwaist und die
Sperrre bestehen lassen? Wenn die Regierung die Einwohner davon
abschrecke, sich bittend an den Landesherren zu wenden, so handle sie
nicht conservativ und nicht im Interesse der Monarchie und
Dynastie. (Sehr richtig! im Centrum.) Ein unendlich klein-
licher Standpunkt sei es, von der Haltung der Presse seine
Entschlüsse abhängig zu machen. Mehr habe die discretionäre
Gewalt nicht discredittirt werden können, als das durch den
Cultusminister geschehen. (Sehr richtig! im Centrum.) Was,
der Hauptbegründungsgrund, Abg. Dr. Windthorst auf den
Verfallungen gefaßt, stehe im Programm des Centrums
und sei von ihm (Redner) ebenso scharf gesagt worden. Ge-
hen Sie die vergeblichen Versuche auf, uns zu trennen und den
Herrn Abg. Dr. Windthorst von uns abdrängen, Sie kiten
uns immer fester zusammen. Wir sind 12 Jahre mit ihm
in treuer Waffenbrüderschaft verbunden; er war uns stets
ein sicherer Führer und schlagfertiger Streiter. Wir haben
jetzt 12 Jahre die schwarze Perle von Reppen getragen und
sie hat immer mehr an Glanz und an Werth für uns ge-
wonnen. (Bravo! im Centrum.) Wir werden sie auch
tragen bis zum Ende. (Lebhaftes Bravo! im Centrum.) —
Abg. Cremer macht dem Centrum den Vorwurf, daß es
seinen principiellen Standpunkt aufgegeben habe, indem es die
zweite diskretionäre Vorlage acceptirte, während es die

erste principiell verwarf, und indem es jetzt mit der Revision
der Maigesetze zufrieden sei, während es früher Aufhebung
gefordert habe. Er wolle ihm nicht vorwerfen, daß es den
Frieden störe, aber es thue auch nichts, um den Frieden her-
beizuführen. Wenn das Centrum sich auf sein Recht, die
Regierung auf das Gesetz stütze, so sei der im Interesse des
Staates notwendige Ausgleich nicht denkbar. Die Zwitter-
stellung des Centrums als religiöse und politische Partei sei
von Uebel. (Sehr wahr! rechts.) Erst nachdem 1877 der
Erzbischof von Köln darauf hingewiesen, daß das Centrum
eine politische Partei sei, habe man es wagen können, es so zu
nennen, ohne in den Verdacht eines schlechten Katholiken zu
gelangen. Das Centrum sei nichts anderes als eine taktische
Vereinigung zu bestimmten Zwecken und bestehe aus den ver-
schiedensten Parteistellungen. Deshalb habe er sich gleich
bei seinem Eintritt in's Parlament als christlich-conservativ
bezeichnet; er habe genau gewußt, daß der Culturkampf keine
ständige Institution sein könne. So lange der Staat an dem
Prinzip, einseitig die Grenzlinie zwischen Staat und Kirche
ziehen zu können, festgehalten, habe er für die Rechte der
Kirche eintreten müssen. Als der Staat aber mit den Ver-
handlungen in Riffingen dieses Prinzip aufgegeben, habe jeder
Patriot an der Herbeiführung des Friedens mitwirken müssen
und er seinerseits sich zu den Conservativen geneigt. Er sei
der Partei nicht gleich beigetreten, weil er mit seinen alten
Freunden erst die Rechnung begleichen wollte und die neuen
erst wissen mußten, was sie an ihm hatten. Der Weg zum
Frieden könne verschieden sein. Durch Steifen auf einen ein-
seitigen Standpunkt komme man nicht zum Ausgleich. Sein
Auftreten habe in protestantischen Kreisen der katholischen
Sache viel Sympathie erworben und dabei habe er niemals
seinen katholischen Standpunkt verleugnet. Redner glaubt,
daß man sich über die Angelegenheit bei dem gegenseitigen
Wohlwollen bald einigen würde, findet die gestern für Nicht-
ausführung des Ultimogesetzes angeführten Gründe nicht für hin-
reichend, wenn er die Adressenbewegung und die Haltung der Presse
und des Abg. Windthorst auch nicht für so harmlos anseht. Na-
mentlich die Reden Windthorst's, denen gestern officiell die Be-
deutung eines maßgebenden Faktors im Staate beigelegt wor-
den sei, seien nicht zu unterschätzen. Dieser regiere das Centrum
vollständig, er bringe Anträge ein und verlese sie mit Unter-
schriften der Centrumsmitglieder, ohne sie um ihre Zustimmung
zu fragen. (Heiterkeit.) Wollte das Centrum Windthorst
verlassen, so würde es selbst am allergeringsten verlassen
sein. Redner tadelt dann, daß die katholische Presse in der
Mischehenfrage nichts zum Frieden beigetragen habe, verlangt
die Beilegung der Staatsparricide und plaidirt nochmals für
die Herbeiführung des Ausgleichs durch gegenseitiges Wohl-
wollen im Interesse des christlichen Staates. (Beifall rechts.).

Abg. Dr. Windthorst betrachtet die Worte Cremer's
als darauf gerichtet, in die conservative Partei hineinzukom-
men, findet es sonderbar, daß Cremer, so lange er der Cen-
trumpartei angehört, nie über ihn eine tadelnde Bemerkung
gemacht habe und nun Anklagen erhebe, und bezeichnet es als
Unwahrheit, daß er je einen Antrag gestellt, ohne daß die,
die ihn unterstützten, ihn auch wirklich genehmigt hätten. Uebrigens
werde Herr Cremer es einst bereuen, auf diesen Weg ge-
schritten zu sein. Redner wendet sich sodann zu dem Abg.
Stöcker, von dem er als einziger aus der conservativen Partei
zum Wort gemeldet Redner eine klare und bestimmte Äuße-
rung für die Beilegung des Culturkampfes gewünscht hätte,
erkennt dessen Mäßigung, bezüglich der Mischehenfrage im
Vergleich zu der Art und Weise, wie er und seine Amtsbrüder
sie außerhalb des Hauses behandelt habe, an, weist darauf
hin, daß er (Redner) in seinen Wahlreden stets mit Entschie-
denheit für den Frieden der Conzessionen eingetreten sei, und
betont, daß die größere Mehrzahl der Mischehen nicht glücklich
sei und sein könne, weil die innige Gemeinschaft der Eheleute
wurzeln müsse in der gemeinschaftlichen kirchlichen Anschauung.
Beide Conzessionen könnten Mischehen nicht wünschen und
deshalb suche die kath. Kirche mit Recht dieselben zu hindern
mit allen erlaubten Mitteln, wie das ja auch die evangelische
thun könne. Redner geht dann ausführlich auf die Mischehen-
frage ein, bei deren Behandlung eine unglückliche Unkenntniß
des kanonischen Rechts, namentlich von den Herren protestant.
Pastoren entwickelt worden sei, kommt dann auf die sogenannte
Doppeltrauung, deren Unzulässigkeit vom katholischen Stand-
punkte er darlegt, und betont, daß wenn hier oder da eine
lage Praxis eingetreten sei: der römische Stuhl die richtigen
Grundsätze wieder eingeschärft habe. Es liege in der ganzen
Sache nichts wider die gegenseitige Achtung der Conzessionen
Verstoßendes und am wenigsten sei das Rufen nach polizei-
licher oder staatlicher Einmischung gerechtfertigt. Auch der
Minister und seine Collegen hätten sich unmöglich aufgeregt.
Am wenigsten sei hier ein Grund für die Nichtausführung
des Ultimogesetzes. Was die Rede von Dubois-Raymond
angehe, so sei es unglücklich, daß so etwas geäußert könne
auf einer Unversität, die unter den Augen der höchsten Auto-
rität lehre, (Beifall im Centrum und Rechts.) Widerspruch
links.) und in Gegenwart des Ministers ohne ausdrückliche
Reprobation, und ohne daß der Minister sofort mit Unwillen
das Lokal verlassen. (Lebhaftes Bravo im Centrum.) Wider-
spruch links.) Schließlich dankt Redner Herrn v. Schorlemer
für seine freundliche Worte und versichert, daß sein Bündniß

mit dem Centrum unaufköslich sei. Es kann bei uns nur durch den Tod gelöst werden. (Bravo im Centrum.) — Abg. Dr. Hänel gibt bezüglich der Cremer'schen Rede Windthorst Recht, konstatirt, daß die Mißgehefrage auch in liberalen Kreisen peinlichen Eindruck gemacht, und vertheidigt sodann den Professor Dubois-Raymond, den Stöcker auf unzuverlässige Zeitungsberichte hin habe denunciren wollen. In einer hiesigen Versammlung scheine Stöcker nach Zeitungsberichten gegen Dubois-Raymond mit der Rohheit eines Clowns aufgetreten. Der Darwinismus beeinträchtigt unsere sittlichen und religiösen Vorstellungen nicht. Hoffentlich werde der Cultusminister den Satz der Verfassung befolgen: Die wissenschaftliche Lehre ist frei. (Beifall links.) — Abg. Cremer wandte sich gegen den Abg. Windthorst, behauptet alles Persönliche vermeiden zu haben, vermisse Angabe der Mängel, die man im Centrum gegen ihn habe und vertheidigt sodann den abwesenden Abg. Stöcker. — Abg. Dr. Frhr. v. Schorlemer-Alst erklärt, sein Takt lasse es nicht zu, Herrn Cremer zu antworten. — Cultusminister v. Gossler antwortet dem Abg. Stöcker, der Religionsunterricht auf den höheren Schulen habe sich gebessert, der Unterricht während des sonntäglichen Gottesdienstes werde nach Möglichkeit beseitigt, über die Rede Dubois-Raymond's scheine der Thatbestand nicht genau bekannt zu sein. Es handle sich um keine Rede über den Darwinismus. Wenn die Rede in den Sitzungsberichten der Akademie erschienen sei, würde man darüber diskutieren können. Redner dankt dem Abg. Windthorst für seine Darlegung der tatsächlichen Verhältnisse bezüglich der Mißgehe, wiederholt aber, daß es höchst bedenklich für die Förderung des Friedens gewesen wäre, wenn gerade in diesem Momente, da die katholische Kirche in dieser Frage so scharf vorgegangen sei, die Regierung von den Follakaten Gebrauch gemacht hätte. Es sei ein hartes Wort, wenn Reichensperger sage, die Kaiserliche Gesetzgebung sei auf Beförderung des Christenthums gerichtet. Die Regierung habe keine Concessionen vom Papste erpressen wollen, sie habe im Gegentheil durch die Gesetze von 1880 und 1882 ein so reich mit Offerten besetztes Tablett hingereicht, daß nur zugegriffen zu werden brauchte, um in positiver Weise eine Reihe von Fragen organisch zu regeln. (Bravo rechts und links.) — Abg. Dr. Windthorst stellt die Ausführungen des Ministers bezüglich der Mißgehe nochmals richtig, anerkennt, daß dieser sich auf die Sache selbst eingelassen habe, bedauert aber, daß er nicht gesagt, was man dem hl. Vater auf den Brief vom 30. Januar geantwortet habe oder antworten wolle. Was der Minister gestern gesagt, sei nicht klar; er frage deshalb wiederholt: Ist geantwortet und in welchem Sinne? Nach dem Ausfall der Antwort werde auch das Centrum sein weiteres Verhalten richten. In den gemachten Offerten sei eine Basis für den dauernden Frieden nicht zu finden. So lange die Regierung nicht antworte, bleibe er bei der Ueberzeugung, daß sie den Frieden nicht wolle und Sand an die Augen streue. (Beifall im Centrum.) — Cultusminister v. Gossler erwidert, er habe schon gestern erklärt, daß der Briefwechsel fortgesetzt werde, daß er aber weitere Mittheilungen nicht machen könne. — Abg. Dr. Windthorst nennt dies einen Delphischen Ausdruck. Der Minister habe nicht gesagt, ob der Brief schon fortgegangen und in welchem Sinne er gehalten sei. Wenn er nicht sage, wie die Sache liege, so nehme er (Redner) an, daß die Verhandlungen abgebrochen seien. Die Antwort des Ministers sei eine Ausflucht, ein Versuch die Sache in der Schwebe zu halten. — Cultusminister v. Gossler. Der Briefwechsel besteht, der Brief ist beantwortet, aber mit Rücksicht auf den Zeitpunkt der Antwort kann ich den Inhalt nicht mittheilen. Es ist eine Forderung der Courtoisie, nicht eher den Inhalt eines Briefes zu veröffentlichen, bis das Schreiben sich in den Händen des Adressaten befindet. — Abg. Dr. Reichensperger (Cöln.) Wenn ich die Worte des Herrn Cultusministers recht verstanden habe, so haben wir die bestimmte Aussicht, den Inhalt des von ihm beregten nach Rom gegangenen Schreibens dann kennen zu lernen, wenn das Schreiben angekommen sein wird. (Auf aus dem Centrum: Das ist die Frage!) Während dieser kurzen Frist würden wir uns dann ruhig gebulden. Redner konstatirt dann, daß die Klagen der Katholiken nach dem Jahre 1848 nur darin ihren Grund gehabt hätten, daß man denselben die in der Verfassung garantierten Freiheiten nicht gewährt oder dieselben wieder abgebrochen habe. Die Diskussion wird geschlossen und nach einer Reihe von persönlichen Bemerkungen der Titel genehmigt. — Bei der Position (Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten) befaßt Abg. Dr. Reichensperger (Cöln) diesen Ausnahmegerichtshof, der eher den Namen Cultuskampfkammer verdiene, auch auf allen Seiten des Hauses im vorigen Jahre keine Sympathie mehr gefunden habe. Leider sei die Abneigung gegen denselben noch nicht bis zur Regierung gedrungen. Es scheine, daß sie, wo alle Parteien anerkannt hätten, daß diese Institution keine segensreiche sei, das Beste nicht wolle, und so bleibe nichts übrig, als gegen diese Position zu stimmen. Die Position wird gegen die Stimmen des Centrums genehmigt. Bei dem Kapitel Bischöflicher Verordnungen beschwert sich Abg. Dr. Reichensperger (Cöln) über die Nichtaufhebung des Sperrgesetzes, insbesondere in der Erzdiözese Köln, wo in Folge der Uebersehwemmungen die Noth an alle Thüren klopft. Abgeord. Bachem: Wir haben leider keine Aussicht, daß das obiose Sperrgesetz in Bälde aufgehoben wird; es scheint, daß das Wort des Ministers Lodenberg von der Ehrenschuld des preussischen Staats bei der jetzigen Regierung vergessen ist. Aber man will das Sperrgesetz als Compensationsobjekt verwerthen! Inzwischen sind dem Reichen des Gesetzes zwar große Summen entzogen, aber es gibt noch immer bedeutende Summen, die vom Sperrgesetz mit Unrecht getroffen sind, dahin gehören zunächst die Vacaturgehälter, die Gehälter, welche von dem Eintritte einer Vacatur bis zur Wiederbesetzung der Stelle gesparrt werden. Das Sperrgesetz spricht mit keiner Silbe von den Leistungen an die Beneficianten und an die Kirche, und kann somit nicht auf die Vacaturgehälter bezogen werden. Ich hoffe, daß die Regierung hier Remedur eintreten läßt, damit es nicht den Schein gewinnt, als ob sie an Wohlwollen selbst von den Cultuskämpferischen Parteien des Hauses sich übertreffen läßt. (Beifall.) Reg.-Com. Löwenberg sucht die Ausführungen Bachems über die

Vacaturgehälter als juristisch unhaltbar darzustellen. Abg. Bachem bedauert, daß die Staatsregierung mit mühsamen und unhaltbaren juristischen Deductionen in dieser Beziehung das Sperrgesetz aufrecht erhalte, und die Kirchenvorstände jetzt gezwungen seien, leider mit großen Kosten ihr Recht bei den Gerichten zu suchen. Abg. Dr. Windthorst bedauert die Rigorosität der Regierung und bittet in der Auslegung des Gesetzes der Humanität mehr Rechte einzuräumen, er fragt den Minister, ob er Willens sei, im Sinne der Ausführungen Reichenspergers im Staatsministerium den Antrag auf Aufhebung des Sperrgesetzes in der Rheinprovinz zu stellen. Da der Minister schweigt, konstatirt Redner, daß aus dem Schweigen eine eifrige Haste in der Handlung des Gesetzes hervorgehe. Cultusminister v. Gossler will auf das Präjudiz Windthorst nicht eingehen, er wisse, was er zu thun habe. (Beifall rechts.) Abg. Dr. Windthorst: Wir sind nicht hier, um unbeantwortete Monologe zu halten, sondern um die Beschwerden des Landes vorzutragen. Die Regierung hat nicht das Recht, mit einem grundsätzlichen Schweigen zu antworten. Wir werden uns überlegen müssen, was wir solchen unfunktionellen Erklärungen gegenüber zu thun haben. (Sehr gut! im Centrum.) Minister v. Gossler kann das Recht eines einzelnen Abgeordneten, eine Antwort von der Regierung zu erzwingen, nicht anerkennen. Die Art und Weise, wie hier die Fragen gestellt seien, verbiete ihm aus constitutionellen Gründen eine Antwort darauf zu geben. (Beifall rechts.) Abg. Dr. Windthorst: Es widerspricht jedem parlamentarischen Gebrauche, wenn die Regierung auf Anfragen Einzelner nicht antworten will. Das einfache Schweigen ist gegen jeden parlamentarischen Gebrauch. (Beifall im Centrum und links. Widerspruch rechts.) Das Kapitel wird bewilligt. Fortsetzung der Beratung morgen 10 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 24. Febr. Ueber die höchst wichtigen Debatten in der Donnerstagssitzung des Abgeordnetenhauses referirt ein Correspondent der „Post“.

Auf eine Schlacht mußte man sich wohl für heute gefaßt machen, denn der Etat des Cultusministers stand auf der Tagesordnung, und der treuge De, die von gewisser Seite für die Dauer der Correspondenz zwischen Rom und Berlin proclamiert wurde, war nicht zu trauen. Zudem war Herr v. Schorlemer-Alst als erster Redner zum Etat gemeldet; als Friedensengel aber pflegt dieser Abgeordnete nicht zu erscheinen. Er sprach ruhiger, gemessener, überlegter, als es sonst bei dem Thema des Cultuskampfes seine Art ist. Sichtlich bestrebt, nicht in die Fäden der Verhandlung mit störender Hand einzugreifen, ließ er seine Ausführungen in der Frage gipfeln, warum die Regierung die Vollmachten des Ultimogesetzes nicht zur Ausführung gebracht habe. Aus seinem Mißtrauen gegen die Regierung machte er kein Hehl, betonte aber, daß dieses Mißtrauen nicht der Person des Cultusministers gelte. Wohin es sich richtete, das würde man auch verstanden haben, wenn Herr von Schorlemer nicht die „Nordd. Allg. Ztg.“ als das Organ der allgemeinen Verachtung bezeichnet hätte. Herrn v. Gossler's Antwort auf die Frage Schorlemer's war zwar in der Form ruhig, mußte aber ihrem Inhalte nach die Centrumspartei provoziren, indem sie nicht nur die Staatsparierfrage und den Mißgehepunkt als den Zankapfel in die Debatte warf, sondern auch den alten Versuch erneuerte, Windthorst alle Schuld daran aufzubürden, daß das Ultimogesetz die Erwartungen der Katholiken getäuscht habe, und die Politik des Führers als eine dem Frieden feindliche zu kennzeichnen. Herr v. Gossler sprach, aber man hörte einen Anderen und diesem Anderen galt die wirklich meisterhafte Replik des Abgeordneten für Meppen, der, des diplomatischen Tones fähig, seine und seiner Partei Sache mit einer Leidenschaftlichkeit vertrat, die bewies, daß er auch Wallendrodt zu ersetzen vermag. Aber so hoch bedeutsam die Rede war, bedeutsamer noch war der demonstrative Beifall des Centrums. Man bekam den Eindruck einer Armee, die sich um ihren Führer scharrt, mit dem Vorjah, nicht von demselben zu lassen in des Kampfes Noth. Auch über die Schranken, die sich Schorlemer gezogen, ging Windthorst hinaus. Wie steht es mit den Verhandlungen zwischen Papst und Regierung? fragte er mehr drohend als neugierig, als glaube er nicht an einen guten Ausgang, so lange die Entscheidung bei einem Willen steht, der überall mit der Machtfrage dazwischen tritt. Herr v. Gossler wich der Antwort auf diese Frage aus; aber was heute ausblieb, kann bis morgen eingetroffen sein, und dann werden auch „die Cultuskämpfer“ in die Schlacht reihen.

Selbst die „Kreuzzeit.“ billigt es nicht, daß der Cultusminister v. Gossler in seiner heftigen Rede vom Donnerstag das Verhalten des Abg. Dr. Windthorst und der „ultramontanen“ Presse in die Behandlung der kirchenpolitischen Frage hineinzieht. Sie meint, die auf den Inhalt des päpstlichen Schreibens gesetzte Hoffnung sei nach dem Verlauf der Donnerstag-Debatten über den Cultusetat weniger berechtigt. Die preussische Gesandtschaft werde als Concession erheblich an Werth in den Augen der Curie verlieren müssen, wenn man dort aus der Rede des Cultusministers entnehme, daß die kirchenpolitischen Maßnahmen der preussischen Regierung nicht von den Verhandlungen mit dem Papste allein, sondern zum mindesten von dem Verhalten des Abg. Dr. Windthorst und der ultramontanen Presse abhängig gemacht werden. Es handele sich doch nach den von Niemand bestrittenen Erklärungen der Staatsregierung selbst, in dem ganzen kirchenpolitischen Streit nur um die einfache Frage: welche Rechte muß der Staat der Kirche gegenüber in Anspruch nehmen, ohne seine eigenen, unüberäußerlichen Rechte zu opfern? Sollten aber die Grundzüge für die Beantwortung dieser Frage, wie die Regierung beabsichtigt, gemeinsam mit der Curie festgestellt werden, bevor der Staat selbstständig gesetzgeberisch vorgeht, so könne es nur hinderlich sein, wenn dabei Dinge in Rechnung gezogen werden, die in untrennbarem Zusammenhang damit nicht stehen.

Die „Post“ bringt einen heftigen Angriffs-Artikel gegen Professor Adolf Wagner. Es heißt dort: „Der dem conservativen Antrage zu Grunde liegende Gedanke, für einen kurzen Zwischenzustand ein der preussischen Steuererhebung völlig fremdes socialistisches Element in dieselbe einzuführen und damit die künftige definitive Ordnung in ihrem Sinne zu präjudiciren, zeugt an sich von gesetzgeberischer Unreife, von mehr leidenschaftlichem Wollen als klarem und zielbewußtem Können. Daß er trotz der sichern Ablehnung wieder eingebracht und in der Begründung zu einer großen socialpolitischen Action aufgebauscht wurde, gibt dem Ganzen überdies einen bedenklichen, auf die Wirkung nach Außen berechneten Beigeschmack. Der besonnenere Theil der conservativen Partei, welcher dem Vornehmen nach in einer schwachbesetzten Fraktionsverhandlung mit geringer Majorität unterlegen war, hielt sich natürlich auch von der erwählten auffälligen Demonstration zurück. Mit Limonade heißt man keine socialen Schäden, sagt Herr Wagner, noch weniger aber, indem man den Feuerbrand leidenschaftlicher Erregung in die Massen schleudert und damit der maßvollen, an das Bestehende anknüpfenden Socialreform den Boden entzieht. Fürwahr, auch nicht der schlimmste Gegner könnte dem erhabenen socialpolitischen Gedanken der kaiserlichen Hofschaff vom 17. Nov. 1881 mehr Schaden zufügen als ein solcher Vertheidiger! Wir unferertheils, die wir voll und ganz auf dem Boden derselben stehen, wir müssen von diesem Standpunkt und zugleich vom conservativen Standpunkte aus die Gemeinschaft mit Ziel und Methode des Wagner'schen Staatssocialismus entschieden ablehnen.“

Zur Kennzeichnung der Situation, in welcher sich die conservativen Heißhorne des Socialismus gegenüber der Regierung befinden, ist auch wohl folgende Auslassung der „Berl. Pol. Nachr.“ nicht belanglos:

„Die Debatten über das Steuererziehung zeigen einen bemerkenswerthen Gegensatz zwischen der Gesamtaufassung der Staatsregierung und derjenigen eines bedauerlicher Weise überaus einflussreichen Bruchtheils der conservativen Fraktion. Dort die klare, sichere, auf das Erreichbare gerichtete Realpolitik, welche das Gute nicht verschmäht, weil das Bessere nicht zu erreichen ist. Bei den gedachten hochconservativen dagegen eine mehr leidenschaftliche als klare, mehr an Phrasen, als an Thaten oder auch nur verwertbaren Gedanken reiche parlamentarische Action, befehls Verfolgung practisch nicht erreichbarer Parteiziele, verbunden mit einer mit dem Grade der Ausichtslosigkeit steigenden Schärfe und Animosität. Daß die Staatsregierung auf solchen vom einsichtigen Parteigegensatzpunkte allein erklärlichen Standpunkt nicht treten, daß sie an dem Versuche, gelegentlich des bisher in dem preussischen Steuererziehung völlig neuen, in seiner Tragweite nicht zu unterschätzenden Gedankens, befehls Steuererziehung progressive Zugestänge zu der Steuer der bemittelten Classen aufzulegen, sich nicht beteiligen konnte, liegt auf der Hand. Um so unerfindlicher war der Grundzug oppositioneller Schärfe, welcher die Rede des conservativen Parteiführers kennzeichnete, geradezu unbegreiflich aber, wie jene hochconservative Gruppe, welche die besonders königliche Genehmigung so gern abschiff, sich bis zu einem Bischen bei einer überdies rein sachlichen Rede des Ministers des Königs verhalten konnte. Daß der Minister nebenbei ein conservativer Mann ist, tritt als erschwerender Umstand hinzu. Noch deutlicher trat am heutigen Tage jene maßlose, unklare, bis an die Grenze communisticcher Anschauung abirrende Grundtendenz der specifisch Berliner Gruppe in der conservativen Fraktion in den Reden Professor Adolf Wagner's hervor. Wird hier nicht bald eine maßgebende Kraft bemerkbar, so dürften der conservativen Fraktion üble Erfahrungen nicht erspart werden.“

Aus Rom wird dem „Tagblatt“ depeeschirt: „Der Papst empfing in Privataudienz den Fürsten Radziwill und Gemahlin. Fürst Radziwill ist Generaladjutant unseres Kaisers.“

Berlin, 25. Febr. Die „Germ.“ erhält aus Rom folgenden Telegramm: „Die hier telegraphisch bekannt gewordene Thatsache, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ die Note Jacobini's veröffentlicht, macht einen schlechten Eindruck in den dem Vatican nahestehenden Kreisen, da man weiß, daß der h. Stuhl die Note, deren Publication man bisher, wie es auch der diplomatische Gebrauch erheißt, ihm überlassen hatte, noch nicht zu veröffentlichen gedachte.“ — Im Jahre 1880 hat die preussische Regierung bekanntlich nur die von ihrer Seite ausgegangenen Schriftstücke veröffentlicht. Der jetzt beliebte Schritt wird auch in gegnerischen Kreisen auffällig gefunden. So schreibt die „Nat.-Ztg.“:

Es ist beachtenswerth, daß die Veröffentlichung der Note nunmehr Seitens der preussischen Regierung erfolgt ist, nachdem das Ersuchen derselben an die Curie, die Note zu publiciren, nicht erfüllt worden.

In der Köln. Ztg. steht folgender Hohn auf die Thatsachen zu lesen: „Es gäht und kocht nirgends, als in den Köpfen der Centrums-Abgeordneten. Die katholische Menge steht den Dingen ruhig, theilweise gleichgültig gegenüber. Der geistliche Rothstand wird nur im preussischen Abgeordnetenhaus bei den Cultuskampf-Debatten fühlbar. Im Volke kennt man ihn nicht.“

Berlin, 24. Febr. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, in welcher die Beratung des Cultusministers ihren Fortgang nahm, führte der Abgeordnete Dr. v. Jagdewski Klage über den Cultuskampf in der Provinz Posen. Der Cultusminister zog sich hinter die Schranken der Gehege zurück, „die man ja traurig nennen könne“ und vertheidigte damit sich und seine Beamten. Abg. Diefenbach griff auf die Adresse aus der Erzdiözese Köln zurück, und rechtfertigte die ehrerbietige Bitte der Erzdiöcesanen, bei deren Erfüllung aller Orten neben dem Todem ein Salvum fac regem den innigsten Dank ausgedrückt haben würde. Abg. Dr. Meßler gab dem Bunde Ausdruck, daß eine den Zeitverhältnissen entsprechende Verbesserung der Gehälter der Geistlichen vom Minister ins Auge gefaßt und bei einer Restauration der altverwundenen Domkirche in Trier wohlwollende Bewilligung gegeben werden möge.

Abg. Steinbüchel kritisierte das schon vom Minister Buttkamer nicht gebilligte, in der Rheinprovinz in den Volksschulen eingeführte Dumont'sche Lesebuch und bat um end-

liche Abschl. und Zier. Sache nicht an ihn. einigen treu. ministerium. Maj. u. t. gesetz die. Sperre ih. Gesetz sein. Lande die.

Herzog r. 25. d. die. besuchen u. Vormittags. wird der. um das S.

Köln. gangene C. Bahn auf. der Stad. Markt (auch. Köln über. den den. Markt zu. von 21500. so hat die. schen sich.

Dom. bleib. transistirend. rheinischen. erweiterung. reon und d. Concerte der. Pantaleon. gangs der. gestellt und. Benloerstr.

Vom 21. J. mitteln zur. ist eine Min. Ztg. folgen.

1) Erste. Erhaltung d. stände erford. der nicht dur. ist, oder de. nach ihrer. bei vielen S. den Grundst. Wiesenland. zc. umgewan. Gewährung. werthe Erlei. einer Gefähr. ist sie, wo d. nungsfähigen. eine Vermöge. durch andere. Hochwassers. Beihissen in. schonebe. Ri. ausnahmswei. gewährt gegeb.

Dublin. Landliga. den in Haft befind. ohne Gegencan.

Neu. durch die hief. wonach sich d. 6 Mio, wie f.

2. 9. 16. — In ein. Arbeiter ein. dadurch eine n.

— Zufolge. heute ein seit. Tagelöhner an. zur Untersuch. dorf transport.

— Gestern. eine Sitzung d. wehren, wozu. war das Com. Borst der Be. mann Wilhelm. Reihe auf der. betreffenden Be. gegen Abend d. willigen Wehr. durch den Feue. schon in 5 Min. ten sämtliche. Auschuß sprac. Wehrleute und. gemeint sehr. nächster Zeit. beizunehmen. Duisburg.

griffs-Artikel gegen
dort: „Der dem
Bedanke, für einen
Steuererhebung
einführen in
ihrem Sinne
fischer Urtel, von
und zielbewußtem
wieder einge-
socialpolitischen
überdies einen
berechneten Bei-
servativen Partei,
schwachbeachteten
unterlegen war,
auffälligen Demon-
in keine sozialen
über, indem man
in die Waffen
sich Befehende an-
fürwahr, auch
ethischen social-
vom 17. Nov.
er Verteidiger!
auf dem Boden
ndpunkt und zu-
die Gemeinschaft
socialismus

welcher sich die
ismus gegenüber
ende Auslassung

gen einen beme-
ntausfassung der
auerlicher Weise
ativen Fraction.
gerichtete Real-
weil das Beste
ochconserativen
mehr an Bra-
baren Gedanken
olgung practisch
einer mit dem
e und Unmossi-
om einseitigen
um nicht treten,
bisher in dem
einer Tragweite
Steuererleichter-
ausgeschlossen
nte, liegt auf
rundung oppo-
ativen Partei-
aber, wie jene
s königliche Ge-
sich bei einer
des Königs ver-
conserativer
phing. Noch
e, unklare, bis
irrende Grund-
conserativen
agner's hervor-
bemerkt, so
nahrungen nicht

peschirt: „Der
Radzinwill und
nieres Kaisers.“
s Rom folgen-
unt gewordene
rote Jacobi-
eindruck in
man weiß, daß
an bisher, wie
ihm überlassen
— Im Jahre
nur die von
ffentlich. Der
kreifen auffällig

chung der Note
folgt ist, nach-
Note zu publi-
ohn auf die
rgends, als in
katholische
eise gleich-
and wird nur
ulturkampf-De-
ihn nicht.!!
ung des Abge-
ordnete Dr. v.
der Provinz
er die Schran-
ennen könne“
Abg. Biesene
e Köln zurück,
bidefanten, bei
eum ein Sal-
haben würde.
rud, daß eine
der Gehälter
und bei einer
n Trier wohn-

vom Minister
in den Volks-
bat am end-

liche Abschaffung desselben in den Regierungsbezirken Köln und Trier. Der Cultusminister meinte, er habe in der Sache nichts thun können, weil keine Beschwerden hierüber an ihn ergangen seien, was dem Abg. Windthorst zu einigen treffenden Bemerkungen über die Beamten im Cultusministerium und in Köln Veranlassung gab. Der Abg. Dr. Majunke verlangt in der Nachweisung über das Sperrgesetz die specialisirte Angabe, wie viele Geistlichen trotz der Sperre ihr Gehalt weiter bezögen, damit man sehe, wie das Gesetz seinen Zweck verfehlt habe und wie der Clerus im Lande die Treue seiner Kirche gegenüber gewahrt habe.

Breslau, 22. Febr. Fürstbischof Dr. Robert Herzog wird nach einer Mitteilung der „Schles. Ztg.“ am 25. d. die Gemeinden Märzdorf und Rottwitz, Kr. Ohlau, besuchen und hierbei in der ersten verwaisten Gemeinde Vormittags Gottesdienst halten. In der Woche nach Ostern wird der Fürstbischof das Archipresbyterat Krieg bereisen, um das Sacrament der Firmung zu spenden.

Köln, 24. Februar. Der dem Abgeordnetenhaus zugegangene Gesetzentwurf, betreffend die Umgestaltung der Bahnanlagen innerhalb des Festungsgebietes der Stadt Köln, beantragt die Bewilligung von 24 000 000 Mark (außer einem Beitrage von 500 000 M., den die Stadt Köln übernommen hat). Durch den Verkauf disponibel werdenden Baulandstücks hofft die Eisenbahnverwaltung 2 500 000 Mark zu erzielen, so daß es sich noch um die Bewilligung von 21 500 000 M. handelt. Die Bahnhofsfrage betreffend, so hat die Regierung den seitens der Stadt gewünschten Wunschen sich angegeschlossen, wonach der Central-Bahnhof beim Dome bleibt und zur Aufnahme der bei Köln den Rhein transitirenden, sowie der sämtlichen Köln berührenden linksrheinischen Züge eingerichtet wird. Die Anlagen im Stadterweiterungsgebiet betreffend, so soll der Güterbahnhof Gezeon und die Köln-Bingerer Bahn in die Nähe der neuen Grenze verschoben, als Ersatz für den eingehenden Bahnhof Pantaleon eine Personen- und Güterstation unweit des Durchgangs der Köln-Binger Bahn durch die neue Grenze hergestellt und eine Personentation bei der Subbathar- oder Bendorferstraße angelegt werden.

Vom Rhein, 24. Febr. In Ausführung des Gesetzes vom 21. Januar, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der Hochwasserherverungen, ist eine Ministerialinstruktion erlassen, aus welcher die „Cob. Ztg.“ folgende Gesichtspunkte hervorhebt:

1) Erste Bedingung jeder Staatsbeihilfe ist, daß sie zur Erhaltung des Beschädigten in seinem Haus- und Nahrungsstande erforderlich sei. 2) Ausgeschlossen ist jeder Schaden, der nicht durch das außerordentliche Hochwasser herbeigeführt ist, oder der den betreffenden Gebäuden und Grundstücken nach ihrer ertlichen Lage öfter zu erwachsen pflegt. Dies mag bei vielen Schäden zutreffen, die den längs der Flüsse liegenden Grundstücken erwachsen sind, weil sie, von der Natur zu Weienland bestimmt, durch eine verkehrte Cultur in Ackerz. umgewandelt wurden. 3) Es handelt sich nicht um die Gewährung von Schadenersatz oder um eine etwa wünschenswerthe Erleichterung, sondern nur um Beihilfe zur Beseitigung einer Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz; ausgeschlossen ist sie, wo die Vermögensverhältnisse trotz der Ueberschwemmungsschäden immer noch haltbar geblieben sind, oder wo eine Vermögenszerstörung nicht durch das Hochwasser, sondern durch andere Umstände herbeigeführt ist, oder vor Eintritt des Hochwassers bereits bestanden hat. 4) Die Bewilligung von Beihilfen in Form von Darlehen gegen mäßige Zinsen und schonende Rückzahlungsbedingungen bildet die Regel; nur ausnahmsweise sollen Beihilfen ohne die Auflage der Rückgewähr gegeben werden.

England.

Dublin, 24. Febr. Harrington, Secretär der irischen Landliga, der sich augenblicklich wegen aufrührerischer Reden in Haft befindet, ist heute zum Abgeordneten von Westminster ohne Gegenkandidaten gewählt worden.

Rheinland-Westfalen.

Neuß, 24. Febr. In der verfloffenen Woche wurden durch die hies. Polizeibehörde 37 Brodtagen abgestempelt, wonach sich die Preise eines Schwarzbrottes im Gewichte von 6 Kilo, wie folgt stellen: bei

2 Bäckern resp. Veräußern	0,94 Pfg.
8 „ „ „	0,98 „
1 „ „ „	1,06 „
1 „ „ „	1,08 „
2 „ „ „	1,10 „
16 „ „ „	1,12 „

— In einer Maschinenfabrik“ fiel gestern einem jungen Arbeiter ein Stück Eisen gegen den Kopf und erhielt derselbe dadurch eine nicht unbedeutende Verletzung.

— Infolge Verfügung der Staatsanwaltschaft wurde heute ein seit einiger Zeit im hiesigen Arresthause inhaftierter Tagelöhner aus Eberfeld, welcher wegen schweren Diebstahls zur Untersuchung gezogen ist, nach dem Arresthause zu Düsseldorf transportiert.

— Gestern Nachmittag tagte hier selbst im Hotel Weinhaus eine Sitzung des Verbandes der rheinisch-westfälischen Feuerwehren, wozu auch unsere freiwillige Feuerwehr gehört, und war das Commando der letzteren hierzu eingeladen. Den Vorsitz der Versammlung führte der Verbandchef Herr Kaufmann Wilhelm Rummelhoff aus Bochum und nachdem eine Reihe auf der Tagesordnung stehender das Feuerwehrgewesen betreffenden Beratungsgegenstände erledigt war, ging der Chef gegen Abend dazu über, eine Besichtigung der hiesigen freiwilligen Wehr vorzunehmen. Die ersten der zu diesem Behufe schon in 5 Minuten und standen nach Verlauf von 12 Minuten sämtliche Beherleute marschbereit auf dem Marktplatz. Der Ausschuss sprach sich sowohl in Bezug auf die Haltung der Beherleute und die Gerätschaften, als auf das sonstige Arrangement sehr befriedigend aus und gab die Absicht kund, in nächster Zeit einer größeren Uebung der hiesigen Feuerwehr beizuwohnen. (Eingelandt.)

Duisburg, 22. Febr. In einem hiesigen Geschäft sind

große Betrügereien entdeckt worden. Man hat es mit einem umfassenden Komplot und weitverzweigten verbrecherischen Verbindungen zu thun. Der „N. u. Nztg.“ entnehmen wir: Die ersten Spuren sind in Mülheim a. d. R. zu suchen, dort existierte ein gewisser Jdel und trieb mit Duisburger Bürgern verschiedene Hehlgeschäfte. Der Kutscher eines hiesigen Großkaufmanns, eines Verwandten des Betrogenen, welchen Jdel für seine unedlen Zwecke zu gewinnen suchte, machte seinem Herrn Mittheilung davon, ging im Einverständnisse mit seinem Herrn scheinbar auf die Zumuthung ein und verkaufte Jdel eine Kiste mit Würfelzucker. Jdel wurde die Polizeiverwaltung in Mülheim in Kenntniß gesetzt und fand bei der Hausdurchsuchung in dem Hause von Jdel die Kiste vor. Der Herr Polizeikommissar unterzog, weil ihm die Sache sehr verdächtig schien, die Wohnung einer genaueren Untersuchung und fand verschiedene Waaren vor. Die bei der Durchsuchung anwesende Frau des Jdel behauptete, diese Waaren von der Firma St. in Duisburg ehrlich erworben zu haben, und wies auch einen auf die Waaren lautenden Fahrschein auf. Auf weiteres Inquiriren bekannte sie jedoch, daß die Waaren auf unehrliche Weise mit Unterstützung eines ganzen Konjunktums in ihre Hand gekommen seien. Natürlich erfolgte sofort ihre Verhaftung. Ihr Mann jedoch widersetzte sich der Verhaftung und drohte mit Schießwaffen, den sich von den Polizeibeamten ihm nahe zu tödten. Da der Patron oben in seinem Hause auf der Treppe saß, so war es allerdings für die Beamten sehr schwer, ihre Pflicht zu erfüllen. Den gestrigen Nachmittag, vergangene Nacht und heute wurde das Haus, damit der gefährliche Vogel nicht ausfliegen konnte, bewacht. Natürlich wartete ein zahlreiches Publikum der Dinge, die da kommen würden. Heute gegen 4 Uhr gingen die Beamten gegen den Kunden mit Ernst vor. Der Polizeisergeant v. B. stieg mittels einer Leiter in die oberen Wohnräume, während 4 andere Polizeibeamte von unten sich Eingang verschafften. Nach kurzer Zeit war der widerpenstige Bursche bewältigt. Von einer ungeheuren Menschenmasse begleitet, wurde er von 4 Polizeibeamten an Händen und Füßen gebunden und zum Rathhaus gebracht, wo seine Widerpenstigkeit sicherlich gebrochen werden wird. Inzwischen war Sorge getragen, die Diebesbande in Duisburg aufzuheben, ehe dieselbe von der Entdeckung des Komplots Wind erhielt. Der Herr Polizeikommissar begab sich sofort in der Nacht nach Duisburg und wußte sich Zutritt zu dem nichtahnenden Kaufmann zu verschaffen. Gestern Morgen zwischen 7 und 8 Uhr wurde die Verhaftung des Magaziniers B. in dessen Wohnung ausgeführt und die Verhaftung von vier Arbeitern derselben Firma an demselben Vormittag vorgenommen. Eine Hausdurchsuchung in den Wohnungen der Verhafteten war im Ganzen von Erfolg gekrönt, man fand bei Einigen nicht nur Waaren, sondern auch bares Geld. So wurde Schlag auf Schlag geführt und die ganze Bande ist jetzt hier und in Mülheim hinter Schloß und Riegel.

Bergheim, 24. Febr. Wie die „Dreiner Ztg.“ vernimmt, scheint man in unsern Kreisen den Culturkampf aufzufrischen zu wollen. So haben in drei bis vier Bürgermeistereien des Kreises Erhebungen stattgefunden in Betreff der Geistlichen, die in gesperrten oder verwaisten Pfarreien Ausfälle leisten, und sind bereits Anlagen dieserhalb erhoben worden. Ein Geistlicher in Bergheim ist dieser Tage wegen Lebens einer stillen Messe amtlich vernommen worden. Da die Entscheidung jedoch in der Hand des Oberpräsidenten liegt, so ist zu erwarten, daß derselbe von den offenbar vorliegenden Denunciationen keine Notiz nehmen wird.

Mülheim a. Rh., 22. Febr. Die „Köln. Volks-Ztg.“ berichtet: Ein Student und ein Commis, Brüder, von hier, hatten von zwei von ihnen gefälschten Quittungen im Betrage von je 450 Mark, und von 26 von ihnen gefälschten Wechseln zum Zwecke der Täuschung Gebrauch gemacht; ferner hatte der Student einen Tüschhändler um einen Anzug betrogen und zwei Kaufleute um Herrenwäse zu betrügen versucht. Die Strafkammer verurtheilte den Studenten zu zwei Jahren acht Monaten und den Commis zu zwei Jahren vier Monaten Zuchthaus und Beide zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von je drei Jahren.

Vonn, 22. Febr. Die „N. Reichs-Ztg.“ ist in der Lage, mittheilen zu können, daß Herr Professor Dr. Kaule den überaus ehrenvollen Ruf an die Universität Krakau, von welchem wir neulich berichteten, definitiv abgelehnt hat. Die Befürchtung, daß die ohnehin mißlichen Verhältnisse der hiesigen katholisch-theologischen Facultät durch den eventuellen Abgang des Professors Dr. Kaule noch mehr verschlimmert würden, ist somit behoben.

Worm, 21. Febr. Ein hier in der Königstraße wohnendes junges Mädchen, welches Braut ist und in der nächsten Zeit zu heirathen gedenkt, erhielt heute laut der „Ess. Ztg.“ die freudige Nachricht, daß es in der Ulmer Dombau-Lotterie einen Hauptgewinn von 30 000 M. erhalten habe.

Vermischtes.

— Im Abgeordnetenhaus spielte der Abg. Dr. Windthorst auf die bekannte Erzählung vom H. Crispin an, dem man vielfach nachsagt, er habe aus fremdem Leder für arme Leute Schuhe gemacht. Der Abg. v. Hammerstein, gegen dessen Antrag die betreffende Ausführung des Abg. Dr. Windthorst gerichtet war, glaubt bemerken zu müssen, daß der H. Crispin das Leder der Reichen zu Gunsten der Armen genommen und nach dieser Wohlthätigkeit heilig gesprochen sei. In Bezug auf diese Fabel wird der „Germ.“ geschrieben: In der Legende von Crispin heißt es:

Er stalt das Leder,
Und machte die Schuh umsonst.

Das „stalt“ ist eine veraltete Form für stellte, und ist der Satz dahin zu verstehen: er gab nicht nur das Leder umsonst, sondern er machte auch noch die Schuhe dazu. Aus dem Mißverständnis, daß stalt = stahl sei, ist die Fabel entstanden.

Kaiserslautern, 24. Febr. In der Baumwollenspinnerei Lampertsmühle bei Kaiserslautern brach eine Feuerbrunst aus, durch welche die alte Spinnerei mit 12 000 Spindeln zerstört wurde.

Halle, 23. Febr. Hier hat sich das Schreckliche ereignet, daß ein 17-jähriger Jüngling Namens Sommer seine

eigene Großmutter ermordet hat, und zwar qualificirt sich das Verbrechen als Raubmord. Der Verbrecher ist gefänglich.

Jena, 20. Febr. Man schreibt dem „Reichsboten“: „Jena ist in dieser Woche in große Aufregung und Bestürzung gerathen. Es sind hier nämlich vor einiger Zeit an einem Tage 21 Menschen gewesen und zufällig die Schläger, die gebraucht wurden, nicht gründlich gereinigt worden. Infolge dessen ist bei fast allen Studenten Blutergüsse eingetreten und sie liegen nun schwer an der Kopfprose darnieder. Ein lebenswürdiger und bei allen beliebter junger Mann von der Burschenschaft Armina vergiftete sich dabei, wahrscheinlich in einem Anfall von Wahnsinn infolge des Fiebers, mit Strychnin und ist schrecklich gestorben. Er war der einzige Sohn seiner Eltern. Am nächsten Tag starb der zweite, auch ein Armine, Tags darauf ist der dritte gestorben und nun liegen noch 12 im Krankenhause so schwer darnieder, daß wenig Hoffnung ist, sie am Leben zu erhalten.

— Das siebenjährige Töchterchen eines städtischen Beamten zu Kassel, welches eine Schultafel erhalten und dafür zu Haus eine nochmalige Strafe seitens des Vaters zu gewärtigen hatte, soll mit dem Schultornister auf dem Rücken in der Jula sein Leben ein Ziel gesetzt haben. Sollte nicht doch ein Unglück vorliegen?

München, 20. Febr. In heutiger Verhandlung des königlichen Landgerichts I. wurde der Advokat Dr. Friedrich Hettendorf wegen Vergehens wider die Religion, verübt durch eine Aeußerung in der Versammlung des deutschen Volksvereins hier am 6. Dec. v. J. — der Beschuldigte soll gesagt haben, die Kirchen seien Verbrümmungsanstalten — zu 14-tägiger Gefängnißstrafe verurtheilt.

Paris, 20. Febr. Gestern fand, wie schon kurz gemeldet wurde, in einer der Pulvermühlen von Le Bouchet (15 Kilometer von Corbeil entfernt) eine furchtbare Explosion statt, welche den Tod von fünf Feuerwekern, meist Familienvätern, herbeiführte; sechs weitere wurden verwundet. Die Pulvermanufaktur von Le Bouchet besteht seit 1832; sie nimmt einen Flächenraum von über 1 Kilometer ein und umfaßt eine Kaserne und 116 von einander geforderte „Pulvermühlen.“ In einer derselben, in welcher 600 Kilo Pulver lagen, befand sich ein hydraulischer Apparat, um das Pulver in Kuchen zu pressen. Der Umstand, daß mehrere Detonationen nach einander gehört wurden, gibt zu der Vermuthung Anlaß, daß zuerst ein solcher „Kuchen“ explodirte, und daß hierdurch auch der daneben befindliche Pulvervorrath entzündet wurde. Der Knall wurde in Corbeil, Nisourangis, Villeneuve, St. Georges u. c., in einem Umkreise von 20 Kilometern gehört, und die Lufterschütterung war so stark, daß in den obigen Orten zahlreiche Fensterheben zerprangen.

Paris, 21. Febr. Herr Raymond de Campon, Consul von Japan und Seeverversicherungsmaier in Marseille, kam im December v. J. hierher, unterbreitete mehreren Banquiers das Project einer Seeverversicherungs-Gesellschaft und ließ sich von denjenigen, welche das Project vorthellhaft fanden, erhebliche Beträge zur weiteren Verwirklichung desselben geben. Seitdem hat er nichts mehr von sich hören lassen und wird nun wegen Betrugs verfolgt. Die erschwundene Summe soll sich auf 750 000 Francs belaufen. (E. 3.)

London, 20. Febr. Der Dampfer „Quebec“ von der Dominion-Linie, welcher Quebec am Neujahrstage verließ, langte gestern Abend auf der Höhe von Holyhead an. Während der Reise verlor das Schiff sein Steuerruder, und in dieser hilflosen Lage trieb es während der letzten sechs Wochen auf dem Atlantischen Ocean umher. Glücklicher Weise hatte der Dampfer keine Passagiere an Bord und war ausschließlich mit Vieh befrachtet.

London, 21. Febr. Der Dampfer „Buenos Ayrian“ welcher von Havre im Clyde angekommen ist, meldet, daß er den Dampfer „Strathdee“ heute Morgen niedergegammelt habe. Der „Strathdee“ sank in wenigen Minuten. Ein Mann von diesem Dampfer ertrank und nur einer wurde gerettet.

— Die Wärter des Eddystoner Leuchthurses hatten während der jüngsten stürmischen Witterung viel Ungemach zu ertragen. Einer derselben sollte schon vor ca. acht Wochen abgelöst werden, konnte aber erst am letzten Montag in Plymouth gelandet werden. Bereits mehrere Tage vor der Abreise war er und seine Kameraden dem Mangel am Nothwendigsten ausgelegt, da zwei oder drei harte Schiffsstöße den ganzen Proviant im Leuchthurm ausmachten. Ihr Vorrath an Nahrungsmitteln war erschöpft, und das letzte Mehl mußte in Lampenöl zubereitet werden. Mehrere Tage waren sie ohne Feuerungsmaterial, und mußten sich mit der Wärme begnügen, welche die Dampfen ausströmten. Die Leute waren so schwach geworden, daß sie nur im Stände waren, in abgebrochenen Lauten sich zu verständigen. Seit 14 Tagen hatten sie das Nothsignal aufgestellt, in der Hoffnung, die Aufmerksamkeit vorüberfahrender Schiffe auf sich zu lenken. Dieses Signal wurde auch von mehreren Schiffen gesehen; aber das Wetter war so stürmisch, daß es für unmöglich gehalten wurde, mit den Verlassenen in Verkehr zu treten. Es wird behauptet, daß sich seit Weihnachten mehrere Gelegenheiten dargeboten haben, wo den Leuten Erfrischung und Hilfe hätte gebracht werden können, daß aber in allen diesen Fällen der Dampfer, dem diese Pflicht oblag, anderwärts beschäftigt war.

Fruchtpreise zu Neuss am 26 Februar.

Weizen neuer 1. Qual.	20	—	Hofen neuer	18	50
2. „ „	18	—	Raps 1. Qual.	—	—
Landroggen 1. Qual. neuer	14	40	2. „ „	—	—
2. „ „	12	40	Kartoffeln	8	50
Winter-Gerste	14	—	Heu	6	—
Buchweizen 1. Qual.	—	—	Hoggenstroh per Schock	—	—
2. „ „	—	—	600 Kilo	21	—

Preise unverändert.
Rüböl per 100 Kilo in Partheien von 100 Ctr. 77 —
Rüböl per 100 Kilo faßweise 76 50
Gereinigttes Oel per 100 Kilo 3. — M. höher als Rüböl. 126 —
Weizen-Vorschuß 00 per 100 Kilo 30 —
Kleien per 50 Kilo 5 —
Rüböl und Kuchen unverändert.

